Positionspapier der freien Träger der AG §78 Kinder- und Jugendarbeit Frankfurt an

Hessisches Ministerium des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz
Oberbürgermeister Frankfurt
Dezernat Soziales und Gesundheit
Dezernat Bildung
Dezernat Ordnung, Sicherheit, Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

Junge Stimmen verdienen Gehör – Jugendproteste und ihre Anliegen ernst nehmen!

Die Ereignisse rund um die Jugendproteste am 31. Oktober 2026 in Frankfurt und die anschließenden öffentlichen Diskussionen beschäftigen uns als freie Träger der AG § 78 Kinder- und Jugendarbeit sehr. Mit Blick auf die für den 20. November angekündigten weiteren Proteste und die aktuelle Debatte über deren mögliche Einschränkung möchten wir deutlich Stellung beziehen.

Tausende junge Menschen sind am 31. Oktober auf die Straße gegangen, um für bessere Bildung, bezahlbaren Wohnraum, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und echte Zukunftsperspektiven einzutreten. Sie haben deutlich gemacht:

Wir wollen gehört werden. Wir wollen unsere Zukunft mitgestalten. Und wir lassen nicht einfach über uns und unsere Zukunft entscheiden.

Diese Forderungen verdienen nicht nur Aufmerksamkeit, sondern ernsthafte politische Auseinandersetzung und konkrete Antworten. Denn die Sorgen junger Menschen sind keine bloße Unzufriedenheit und auch keine abstrakten Zukunftsängste. Sie haben einen konkreten Hintergrund: marode Bildungseinrichtungen, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, fehlende Ausbildungs- und Zukunftsperspektiven, drohende Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sowie Auswirkungen des Klimawandels. Es geht um die konkreten Lebensbedingungen junger Menschen, um ökologische und soziale Zukunftsfragen und darum, welche Chancen und Möglichkeiten ihnen unsere Gesellschaft eröffnet.

Dass friedlicher Protest durch gewalttätige Auseinandersetzungen überschattet wurde, verurteilen wir ausdrücklich. Gewalt gegen Menschen, sowie Sachbeschädigungen sind nicht zu rechtfertigen. Gleichzeitig lehnen wir es entschieden ab, die Gewalt Einzelner zum Maßstab für eine ganze Generation und ihre Anliegen zu machen. Die pauschale Gleichsetzung von Jugendprotest und Gewalt wird den tatsächlichen Abläufen nicht gerecht. Ebenso entschieden wenden wir uns gegen rassistische Zuschreibungen und die pauschale Verbindung von Gewalt mit einer vermeintlichen Herkunft. Gewalt ist eine Frage individuellen Handelns und persönlicher Verantwortung – nicht der Herkunft oder der Familiengeschichte.

Besorgniserregend ist dabei auch die Wirkung der öffentlichen Debatte im Vorfeld der vergangenen Demonstration. Die wiederholte Warnung vor einer vermeintlichen Unterwanderung durch „Linksextremisten“ und der damit verbundene Eindruck einer bevorstehenden Eskalation haben dazu beigetragen, dass einige junge Menschen der Demonstration fernblieben. Sie wollten nicht unter einen solchen Generalverdacht geraten oder in eine Kategorie eingeordnet werden, mit der sie sich nicht identifizieren. Wenn junge Menschen aus Sorge vor Stigmatisierung auf ihr Recht verzichten, ihre Anliegen öffentlich zu vertreten, muss uns das zu denken geben. Niemand sollte zunächst beweisen müssen, nicht gewaltbereit zu sein, bevor die eigenen Anliegen Gehör finden.

Die aktuellen Diskussionen über eine mögliche Einschränkung oder ein Verbot der für den 20. November angekündigten Demonstration verstärken diese Sorge. Das Grundrecht auf friedliche Versammlung darf nicht aufgrund der Ausschreitungen Einzelner pauschal infrage gestellt werden. Eine angekündigte härtere Gangart und ein verstärktes Polizeiaufgebot dürfen nicht dazu führen, dass friedliche Demonstrierende eingeschüchtert werden oder ihre Grundrechte nur unter Vorbehalt wahrnehmen können.

Die Proteste zeigen, dass junge Menschen sich einbringen, sich zusammenschließen und für Veränderungen einsetzen wollen. Das ist kein Problem, das es zu kontrollieren gilt, sondern demokratisches Engagement, das Anerkennung und Unterstützung verdient.

Wir, die freien Träger der AG §78 Kinder- und Jugendarbeit, unterstützen das Recht junger Menschen auf friedlichen Protest und bestärken sie darin, sich einzumischen, ihre Interessen zu vertreten und unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Unsere gemeinsamen Anliegen

1. Demokratisches Engagement stärken – junge Stimmen verdienen Anerkennung und Unterstützung

Ihr Engagement ist ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Sie dürfen nicht als Problem oder Bedrohung wahrgenommen, sondern müssen als aktive Gestalter*innen unserer Gesellschaft ernst genommen werden.

2. Friedlichen Protest ermöglichen – das Demonstrationsrecht schützen

Pauschale Einschränkungen oder Verbote aufgrund vergangener Ausschreitungen dürfen nicht die Antwort auf demokratisches Engagement sein. Sicherheitskonzepte müssen auf Dialog, Deeskalation und Verhältnismäßigkeit ausgerichtet sein.

3. Differenzieren statt stigmatisieren – Gewalt verurteilen, Diskriminierung zurückweisen

Gewalt muss konsequent verurteilt und individuell verfolgt werden. Gleichzeitig dürfen die Taten Einzelner nicht einer ganzen Generation oder bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeschrieben werden. Wir wenden uns entschieden gegen Kollektivschuld, rassistische Zuschreibungen und eine pauschale Kriminalisierung junger Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte. Herkunft darf nicht zum Verdachtsmoment werden.

4. Jugendforderungen ernst nehmen – strukturelle Ursachen angehen

Die Anliegen junger Menschen müssen im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stehen und konkrete Konsequenzen haben. Das betrifft insbesondere Bildung, bezahlbaren Wohnraum, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und echte Zukunftsperspektiven.

5. Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Vertrauen durch Mitgestaltung schaffen

Junge Menschen dürfen nicht erst dann Gehör finden, wenn sie auf die Straße gehen. Sie müssen frühzeitig, kontinuierlich und verbindlich an Entscheidungen beteiligt werden, die ihre Lebenswelt und Zukunft betreffen. Wir setzen uns für eine vielfältige und solidarische Stadtgesellschaft ein, in der junge Menschen unabhängig von Herkunft, Lebensbedingungen oder finanziellen Möglichkeiten gleichberechtigt dazugehören und mitgestalten können. Zuhören allein reicht nicht: Beteiligung muss Wirkung entfalten und Vertrauen in demokratische Prozesse ermöglichen.

Unser gemeinsames Signal an die jungen Menschen

Wir sehen euch - Wir hören euch - Wir nehmen eure Sorgen, eure Forderungen und euer Engagement ernst - Ihr steht nicht allein.

Wir möchten euch ausdrücklich darin bestärken, eure demokratischen Rechte wahrzunehmen und euch weiterhin friedlich für eure Zukunft einzusetzen.

Wir stehen an eurer Seite und wollen dazu beitragen, dass eure Stimmen gehört werden und eure Anliegen politische Aufmerksamkeit und konkrete Konsequenzen erfahren.

Mit Blick auf die angekündigte Demonstration am 20. November setzen wir uns dafür ein, dass friedlicher Protest ermöglicht und geschützt wird.

Wir wünschen uns eine Stadt, in der junge Menschen nicht als Problem wahrgenommen werden, sondern als Menschen mit eigenen Rechten, Ideen und Vorstellungen von einer lebenswerten Zukunft. **Denn eine Generation, die sich einmischt, ist keine Bedrohung für unsere Demokratie. Sie ist ein unverzichtbarer Teil davon.**

Unterzeichnende:

Aktionsgemeinschaft für Kinder- und Jugendarbeit Sachsenhausen e.V. - AKJS
- ASP *Wildgarten* -

Unabhängige Träger und Initiativ-Gruppen (UnIg)

Internationaler Bund IB, Südwest gGmbH

Evangelischer Verein für Kinder- und Jugendhilfe Rhein-Main e.V.

Caritasverband Frankfurt e.V.

IFZ - Internationales Familienzentrum gGmbH

Verein für soziale Arbeit im Stadtteil - Kinderwerkstatt Bockenheim e.V.

Zentrum für Weiterbildung gGmbH

Saz-Rock e.V.

Abenteuerspielplatz Riederwald e. V.

Bund Deutscher Pfadfinder*innen Landesverband Hessen e.V.

Kinder- und Jugendzirkus Zarakali

Evangelische Schöpfungsgemeinde Frankfurt, Jugendtreff Paul Gerhard

DGB-Jugendbüro Frankfurt

ASB - Bildung gGmbH

Stadtteilwerkstatt e.V. (Kinder- und Teeniezentrum)

Frankfurter Jugendring

***K**inder **i**n **d**er **S**tadt / **KidS** Frankfurt gGmbH*

Sportjugend Frankfurt

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V.

Innere Mission, Kinder- und Jugendhilfe Frankfurt

FeM Mädchen*haus Frankfurt / Feministische Mädchenarbeit e. V.

DGB-Jugendbüro Frankfurt am Main

Club Voltaire

Jugendclub Georgskeller (Kath. Kirchengemeinde St. Hildegard Frankfurt)

Kinder im Zentrum Gallus e.V.

Junularo Frankfurt e.V.

Mädchenbüro des Nachbarschaftsheim Frankfurt am Main Bockenheim e.V.

DRK-Sozialdienste Frankfurt am Main gGmbH

Jugendhaus Bergen

JKWF - Jugend-Kultur-Werkstatt Falkenheim Gallus e.V

BDP Abenteuergelände Bockenheim e.V.

E.I.S. -Elterninitiative Sachsenhausen e.V.

Jugend-Kultur-Werkstatt Falkenheim Gallus e.V.